

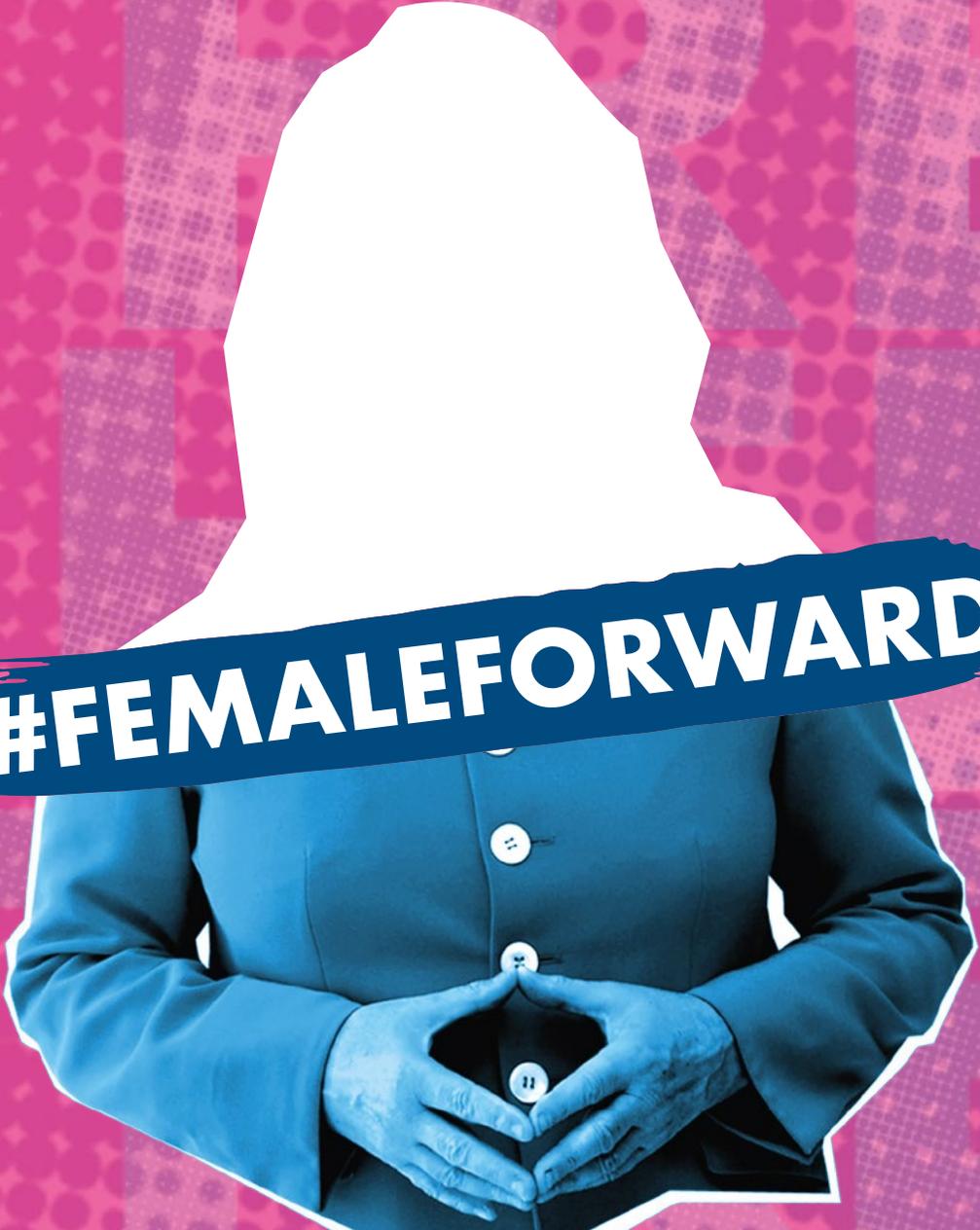


JUNG+LIBERAL

Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen



Wie geht der Weg in die Politik?



#FEMALEFORWARD



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

Frauen sind in der Politik gefragter denn je. Viele Parteien möchten, dass sich mehr von ihnen **engagieren**. Aber wie kann so ein Weg in die Politik überhaupt aussehen? Auf femaleforward.freiheit.org zeigen wir, wie es gehen kann.



6-7

Tabuthema Steuern

Steuerpolitik spielt im politischen Diskurs momentan keine große Rolle. Warum wir aber unbedingt darüber diskutieren sollten, erfährst Du im Artikel von Alex.



12-13

Pro und Contra Digitalsteuer

In den letzten Monaten stolpern wir immer wieder über Vorschläge zu einer Digitalsteuer. Aber wie sinnvoll ist dieses Konzept tatsächlich? In unserem bewährten Pro und Contra Format wird über die Digitalsteuer diskutiert.



18-20

Moral und Märkte

Dem Markt wird oft vorgeworfen, zu unmoralischen Handlungen anzuregen. Warum der Markt aber gerade das nicht ist, sondern eine moralisierende Wirkung hat, liest Du hier!



22-23

Ein Bericht aus Taiwan

Liza (21) war für einige Zeit in Taiwan unterwegs. In einem ausführlichen Bericht schildert sie Dir ihre Eindrücke und erläutert, was wir noch alles von dem kleinen Inselstaat lernen können.

- 2 Kurz und Knapp
- 4 Wirtschaftliche Stärke: Kein Abo im Fitnessstudio
- 6 Tabuthema Steuern
- 8 Unternehmensbesteuerung im 21. Jahrhundert
- 10 Finanzregulierung und ihr Frankenstein
- 12 Digitalsteuer: Tolle Idee oder ein Schuss am Ziel vorbei?
- 14 Why capitalism rocks
- 16 Die Krise der Sozialen Marktwirtschaft
- 18 Moral und Märkte
- 20 Ausschreibung Internationales Komitee
- 22 Internationale Seite: Ein Bericht aus Taiwan
- 23 Impressum

EDITORIAL

Liebe JuLis,

im zweiten Magazin des Jahres gehen wir sozusagen „back to the roots“. Thema des Magazins ist die Wirtschaftspolitik. Ein Thema, welches in der letzten Zeit zwar nicht so häufig im Mittelpunkt der politischen Diskussionen stand, aber deswegen ganz sicher nicht an seiner Bedeutung verloren hat.

Wir schreiben das Jahr 2019. Nichtsdestotrotz erleben wir gerade die neue polemische Renaissance des Sozialismus. Statt effizienter wirtschaftspolitischer Maßnahmen, werden wieder Enteignungen und maßlose Steuererhöhungen als „way to go“ in den politischen Diskurs eingebracht. Das bringt mich zu dem klaren Fazit, dass wir gerade jetzt wieder über Wirtschaftspolitik diskutieren müssen!

Wirtschaft und Liberalismus sind nicht erst seit Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek untrennbar miteinander verbunden. Die Erfahrung zeigt: Wohlstand und Frieden haben wir gerade immer dann gehabt, wenn die Liberalen starke Wirtschaftskonzepte vorgelegt haben, einen fairen politischen Ordnungsrahmen schaffen und die Chancengerechtigkeit und fairen Wettbewerb in Einklang bringen.

Glücklicherweise drehen sich die Diskussionen nicht nur um Enteignungen. Auch der neue Wettbewerb im puncto Unternehmenssteuer – ausgelöst durch die massiven Steuersenkungen des US-amerikanischen Präsidenten Donald J. Trump – ist wieder ein Thema, das auf der Tagesordnung steht. Die Unternehmensbesteuerung wird auch in diesem Magazin diskutiert – neben vielen weiteren Themen, die sich beispielsweise um die Finanzregulierung und Datenbesteuerung drehen. Daneben werden sich einige Autoren kritisch mit der sozialen Marktwirtschaft auseinandersetzen und einen Ausweg aus ihrer Krise zeigen.

Ich hatte großen Spaß beim Lesen der vielen tollen Beiträge! Den gleichen Spaß wünsche ich Dir!



Eure Anna

Für Kritik, Fragen und Feedback erreicht ihr mich jederzeit unter neumann@julis.de



WIRTSCHAFTLICHE STÄRKE IST KEIN ABONNEMENT IM FITNESSSTUDIO

Deutschland im Jahre 2050: VW ist weiterhin Marktführer und kann andere deutsche Automarken direkt hinter sich wissen, der deutsche Mittelstand ist auch die weltweit unangefochtene wirtschaftliche Macht und wer Maschinenbau studiert hat, braucht sich um eine rosige Karriere keine Sorgen zu machen.

Vermutlich glauben nicht einmal zukunftsoptimistische VW-Mitarbeiter, Mittelstands-Leistungsträger und Elite-Maschinenbauer an dieses Szenario. Die Wirtschaft bewegt sich in einem enormen Wandel, der in seinen Ausmaßen, seiner Geschwindigkeit und seinen gesellschaftlichen Veränderungen auch die erste industrielle Revolution in den Schatten stellen wird. Gerade in Zeiten des Umbruchs darf sich nicht auf dem wirtschaftspolitischen Wachstum der vergangenen Jahre ausgeruht werden, sondern muss ein kritischer Blick in die Zukunft gewagt werden. Ohne dringend nötige Weichenstellungen von politischer Seite wird Wirtschaftswachstum eine glorreiche Erinnerung an die Vergangenheit sein. Dabei ist inzwischen die alleinige Betrachtung Deutschlands viel zu kurz gegriffen: Der entscheidende Punkt ist der Vergleich zu anderen Ländern, die möglicherweise bes-

sere Zukunftsperspektiven haben als die Bundesrepublik.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE VERNUNFT IN DER GEGENWART

Olaf Scholz möchte Bundeskanzler werden. Als Mitglied der SPD würde ich mich über den Zeitpunkt dieser Debatten sehr ärgern, zudem konnte sich Olaf Scholz nun wirklich nicht besonders innerhalb der GroKo bewähren. Doch als JuLi ärgern mich nicht die machtpolitischen Verirrungen des Vizekanzlers, sondern die realpolitischen Wirrungen in Form des Verteilens von Wahlgeschenken zu Kosten der breiten Masse der Bevölkerung und damit auch der Wirtschaft in Gegenwart und Zukunft.

Das Baukindergeld und die Mütterrente sind einige Beispiele für Geschenke, die Teilgruppen der Gesellschaft beschenken und damit den von zahlreichen fleißigen und innovativen Unternehmern erarbeiteten Puffer abfrühstücken. Zugegeben ist jedoch die Wut über diese Ideen deutlich geringer als die Sorge vor dem Respektrenten-Modell der SPD um Hubertus Heil. Alleine die Emotionalität, mit der dieses Thema von der SPD beworben wird, zeigt absolute Grundkonzepte populistischer

scher Parteien. Als wenn man Menschen, die ihr Leben mit Arbeit und Engagement geführt haben gänzlich den Respekt verweigern würde, wenn man auch an kommende Generationen denkt. Natürlich ist es kein leichter Schritt Grundsicherung zu beantragen. Natürlich sind die Prüfungsverfahren oft entwürdigend. Aber sie ermöglichen das finanzielle Überleben vieler Rentnerinnen und Rentner. Als Reaktion jetzt diese Prüfungen abzuschaffen und mit der großen Gießkanne Steuergelder zu verteilen, hat jedoch vielmehr mit mangelndem Respekt gegenüber den vielen Steuerzahlern zu tun.

Die aktuelle klimahysterische Stimmung verleitet mich zudem auch wirtschaftspolitisch nicht zu mehr Optimismus. Nach dem panikartigen Rückzug aus der Atomkraft keimt in der Bevölkerung laut Umfragen nun ähnliches in Bezug auf den Kohleausstieg. Jedoch muss man davor warnen, sich nun schnellstmöglich in den Fuß zu schießen. Eile kann gerne bei einer Verschärfung und Ausweitung des Emissionszertifikatehandels an den Tag gelegt werden. Eile muss auch bei internationalen Abkommen im Bereich der Klimapolitik herrschen. Eile und Investition sollte in die Verkehrsinfrastruktur gesteckt werden, damit Staus nicht in diesem Ausmaße Klima und Wirtschaft schädigen. Eile sollte beim Kohleausstieg jedoch Expertenwissen und Vernunft weichen, sodass man auch ohne festes Auslaufdatum Verbesserungen in der Klimabilanz erreichen kann. Sinnbild der Verblendung der Wirtschaft gegenüber sind aktuelle Aussagen der Grünen in Bezug auf eine Maximierung der Flugreisen oder Rufe nach einem Tempolimit.

Meine Hoffnung in der aktuellen Politik wäre sicher ein neues Steuerkonzept. Doch wenn nicht einmal Mindestforderungen wie die Abschaffung des Solis gelingen, ist es für Olaf Scholz vielleicht doch besser nicht zu handeln, als schlecht zu handeln.

INNOVATIONEN NICHT DURCH LANGSAME POLITIK BLOCKIEREN

Die Automobilindustrie wird nicht für immer zentrale Stütze der deutschen Wirtschaft

bleiben können. Zu weiten Teilen ist dies der grundsätzlichen Tendenz zu einer Sharing-Economy zuzuschreiben, jedoch sind es auch die Verfehlungen der mangelnden Investitionen der Automobilfirmen in moderne Technologien. Aber auch die Politik hätte in dem Vorzeigeprojekt der deutschen Wirtschaft, an dem jeder fünfte Arbeitsplatz hängt, viel früher Klarheit schaffen müssen. Teststrecken für autonomes Fahren hätte es schon 2012 geben können. Gesetzmäßigkeiten müsste es spätestens jetzt geben. Auch wenn noch kein Fahrzeug im realen Straßenverkehr autonom fährt, sollten doch Haftungsfragen und Regelungen wie die Verantwortung der Autofahrer für einzelne Automatisierungsstufen schnellstmöglich definiert werden. Es ist natürlich nicht ganz falsch, zuvor wichtige moralische Grundsatzfragen zu klären. Ob es jedoch zielführend ist, diese Fragestellungen ohne Deadline in einen Ethikrat zu verschieben, der auch bis zum Jahre 2300 keine einwandfreie Lösung gefunden haben kann, darf angezweifelt werden. Irgendwann muss sich Politik auch trauen, Farbe zu bekennen und sich auf eine Gesetzmäßigkeit zu einigen. Anpassungen müssen und werden mit der Zeit erfolgen.

START-UP-GERMANY

Neue Impulse braucht die Wirtschaft. Gelingt es der deutschen Wirtschaft nicht, neue Leuchttürme aufzubauen und schmieren die bisherigen wirtschaftlichen Eckpfeiler weiter ab, könnte es wirklich gefährlich werden. Womöglich reicht es aufgrund des globalisierten Drucks, der von asiatischen Ländern, dem Silicon Valley oder neuen Innovationsriesen wie Israel ausgeübt werden nicht mehr, wirtschaftliche Innovationen nur national zu sehen. Nur mit einer geschlossenen EU, die Stärken vereinigt und diese gemeinsam nutzt, werden große Start-ups auch die deutsche Wirtschaft antreiben können. Ansonsten hängt ein erfolgreicher Aufbau neuer wirtschaftlicher Strukturen an mehreren Ebenen: Der Staat könnte steuerlich mehr Anreizmöglichkeiten setzen, damit die Anlage des Geldes auf dem klassischen Sparbuch zum Auslaufmodell wird. Zudem muss

der Austausch zwischen Wirtschaft und Forschung gefördert werden. Auch aus eigenem Erleben kann ich sagen, dass viele Großkonzerne erst jetzt den Trend der Digitalisierung für sich zu erkennen scheinen. Während andere Staaten sich im Triathlon des Wettbewerbs bereits auf der Radstrecke befinden, stehen Großteile der deutschen Wirtschaft mit einer Schreibmaschine im Arm an der Startlinie.

DER GRÖSSTE FEIND DER KÜNSTLICHEN INTELLIGENZ? NATÜRLICHE DUMMHHEIT!

Man könnte einen gesamten Artikel, nein, ein gesamtes Magazin damit füllen, wie sich Bildung verändern muss, damit wirtschaftliche Stärke über Jahre gesichert werden kann. Die Bedeutung des Themas kann nicht hoch genug gehängt werden. Das Kippen des Kooperationsverbots, die Angleichung der Lehrpläne bundesweit und die Überarbeitung dieser muss dringend erfolgen. Die Bildungsministerin darf nicht länger eine Randfigur im Kabinett darstellen, sondern muss mit ihren Kompetenzen eine der begehrtesten Posten werden. Wer den Zustand Berliner Schulen sieht und sich vor Augen führt, dass Bürgerinitiativen, angeführt von Anton Hofreiter, dazu aufrufen nicht auf private Partnerschaften im Bereich des Baus Rücksicht zu nehmen, der muss sich nicht wundern, wenn das Bildungsniveau niedrig ist. Der Arbeitsmarkt der Zukunft wird tendenziell niedrig qualifizierte Mitarbeiter bestrafen und hochqualifiziertem Personal riesige Chancen bieten.

Als Fazit lässt sich somit sagen, dass ein Blick in die Zukunft bei vernünftiger Weichenstellung also riesige Hoffnungen parat halten könnte. Leider erlaubt die aktuelle Regierung jedoch nur die Verwendung des Konjunktivs, wenn über Optimismus gesprochen wird.



TIM SCHÜTZ (22) arbeitet für einen großen Baukonzern aus Essen als Referent für Politik & Kommunikation. Zudem ist er stv. Bezirksvorsitzender des Ruhrgebiets und leitet den BAK Umwelt, Verkehr und Bau. Du erreichst ihn unter tim.schuetz@julis-nrw.de.

STEUERN

- DAS TABUTHEMA



Niedrig, einfach und gerecht – das war früher einmal die Beschreibung eines Steuersystems, welches sich die FDP vorstellte. Nachdem sie 2013 nicht in den Deutschen Bundestag gewählt, für ihre vermeintliche „Klientelpolitik“ abgestraft und im Volksmund als „Partei der Besserverdiener“ oder gar „Reichenpartei“ beschimpft worden ist, war es ohne Frage eine große Leistung der Parteiführung, der Partei einen neuen Ruf zu erarbeiten. Schon damals war für uns Junge Liberale klar, dass Liberalismus mehr als Marktwirtschaft bedeutet und wir von einer liberalen Partei politische Konzepte und Lösungen in allen politischen Themengebieten für selbstverständlich halten. Und so besetzen die Freien Demokraten seitdem beispielsweise mit dem Thema Digitalisierung einen ganz neuen Schwerpunkt, der von keiner anderen Partei so vorangetrieben wird. Und ein Blick in die Beschlusslage oder Wahlprogramme beweist ebenfalls, dass wir in allen politischen Themenbereichen Gestaltungsansprüche besitzen.

EINE KLARE VISION LIBERALER STEUERPOLITIK

Dennoch werde ich seit dem Wiedereinzug der FDP in den Deutschen Bundestag langsam ungeduldig. Unsere Bundestagsfraktion ist fleißig und arbeitet konstruktiv – aber in einem Gebiet vermisse ich den beschworenen „German Mut“. In den Sondierungsgesprächen zu Jamaika und nun auch in der Oppositionsarbeit höre ich im Bereich Steuerpolitik fast ausschließlich die Forderung, dass der Solidaritätszuschlag endlich abgeschafft werden muss. Darüberhinausgehende Entlastungskonzepte, also eine richtige Steuerreform, werden weder gefordert noch von der Fraktion erarbeitet. Das Problem ist: Der Soli wird in dieser Legislaturperiode fallen, und die FDP steuert dann einmal mehr einer strategischen Sackgasse zu – unabhängig der Ausgestaltung der Abschaffung.

Auch bei uns JuLis muss das Thema der Steuerpolitik endlich wieder eine größere Rolle spielen. Das tut es momentan zu wenig. Dabei liegt der Ball für uns JuLis auf dem Elfmeterpunkt. Wenige Tage vor dem Bundeskongress veröffentlichte die OECD eine Studie, wonach Deutschland einmal mehr zur Weltspitze bei der Steuern- und Abgabenlast gehört. Nur ein Land zieht laut OECD einem normalen Berufstätigen noch mehr vom Brutto ab. Das ist ein Zustand, dem wir doch grundsätzlich erst einmal skeptisch gegenüberstehen müssen und der auch bei den Jungen Liberalen für Unverständnis sorgen sollte.

ENTLASTUNGEN SIND DRINGEND NOTWENDIG!

Immerhin gab es ein Statement der FDP-Bundestagsfraktion auf die OECD Studie. Fraktionsvize Christian Dürr erklärte: „Während andere Staaten Steuerreformen angehen, legen Union und SPD die Hände in den Schoß. Die FDP-Fraktion fordert endlich eine gezielte Entlastung der hart arbeitenden Mitte unserer Gesellschaft. Dafür muss der Soli schnellstmöglich komplett abgeschafft werden. Zudem will die FDP-Fraktion den Mittelstandsbauch abschmelzen und eine umfassende Unternehmenssteuerreform.“ Wenig überraschend: Die erste Antwort ist wie-





der die Abschaffung des Solis. Die Abschmelzung des Mittelstandsbauchs hört sich größer an als sie ist. Die Fraktion will den zweiten Tarifeckwert zum 1. Januar 2020 von 14.532 Euro um 1.000 Euro auf 15.532 Euro erhöhen. Das ist für mich ein Tropfen auf den heißen Stein. Die kalte Progression ist mittelfristig ohnehin schneller als jede dünne Freibetrags- oder Tarifierhöhung. Dürr stellt selbst fest, dass viele Staaten Steuerreformen angehen. Auch das ist mein Wunsch für Deutschland. Ein Blick auf die politische Konkurrenz macht deutlich, dass der politische Wille für Entlastungen nicht vorhanden ist. SPD, Grüne und wenig überraschend auch die Linke wollen mit ihren jetzigen Plänen die Belastungsquote sogar noch weiter erhöhen. Die Union fordert seit 2005 Entlastungen und regiert seitdem diesbezüglich vergesslich vor sich hin.

DEN EIGENEN ANSPRÜCHEN GERECHT WERDEN

Ich habe mittlerweile den Eindruck, dass sich die FDP schämt, die einzige Partei zu sein, die theoretisch ein umfassendes, in sich stimmiges Gesamtkonzept zur Reform der Besteuerung für Bürger und Unternehmen fordern und vorlegen müsste. Zu groß scheint die Angst zu sein, wieder als „Steuerpartei“ abgestempelt zu werden. Dabei haben Liberale doch längst be-

wiesen, dass sie sich in allen Politikbereichen wohlfühlen. Wenn die FDP sich nicht traut, dann muss es Aufgabe der Jungen Liberalen sein, dieses Thema endlich wieder auf die Agenda zu setzen. Unser Anspruch, der „Stachel im Fleisch zu sein“, muss bei jedem Thema gelten – auch in der Steuerpolitik. Wenn sich die FDP von einem Konzept mit einem einfachen und verständlichen Stufentarif mit Grundfreibetrag und den drei weiteren Stufen von 10, 25 und 35 Prozent verabschiedet, wird es Zeit, dass wir ein eigenes Konzept entwickeln. Unsere Beschlusslage hat sich auf Bundesebene dem vorsichtigen Kurs der FDP leider mittlerweile angepasst. Da haben wir also noch durchaus Potential.

Die Jungen Liberalen Bayern hatten zu diesem Bundeskongress beispielsweise einen Antrag eingereicht, der zahlreiche und weitgehende Reformvorschläge beinhaltet. Ganz zentral ist dabei die Forderung, die auch in meinem Landesverband diskutiert wird, einen einheitlichen Steuersatz einzuführen. Die Vorteile eines solchen Systems liegen auf der Hand: Unser Steuersystem wird von heute auf morgen verständlich und nachvollziehbar, es entlastet und senkt erheblich die Anreize zur Steuerhinterziehung. Nicht zu unterschätzen ist ebenfalls die Senkung von Bürokratiekosten. Ganz unabhängig von der Frage der Finanzierung oder einer Debatte über die Gerechtigkeit von Steuern ist festzuhalten, dass unser Steuersystem einfach zu kompliziert ist. Da halte ich auch unsere jetzige Beschlusslage nicht für glaubhaft: Wir können nicht auf der einen Seite für die Vereinfachung des Systems eintreten und auf der anderen Seite das jetzige Steuersystem mit einem lauwarmen „weiter so“ begleiten.

Ich halte es strategisch sogar für möglich und auch notwendig, dass wir das Thema einer entlastenden Steuerreform positiv besetzen könnten. Unser Ziel einer Steuerreform ist ja nicht (nur), dass der Staat weniger Geld zur Verfügung hat, sondern vor allem, dass die Bevölkerung entlastet wird. Es muss darum gehen, dass sich Menschen in Deutschland von ihrer eigenen Leistung ein Vermögen aufbauen können. Lasst uns ein positives Bild zeichnen, für eine Gesellschaft, in der noch ein individueller Wohlstandstraum und eine Verwirklichung finanzieller Wünsche möglich sind! Entlastung ist und muss für uns Liberale auch endlich wieder als Freiheitsthema verstanden werden. Wenn nicht von uns, von wem denn sonst?

Steuersenkungen werden im politischen Diskurs gerne als Steuergeschenke verunglimpft und für Geschenke sei grundsätzlich kein Geld da. Dieses völlig falsche Selbstverständnis und Obrigkeitsdenken sollten wir als Junge Liberale bekämpfen. Das Brutto gehört nicht von Natur aus dem Staat.

STEUERPOLITIK IST KEIN TABUTHEMA!

Und wem eine große Einkommensteuerreform weiterhin zu riskant ist – es gibt darüber hinaus auch weitere Möglichkeiten, Menschen effektiv zu entlasten. Nur ein Beispiel: Es ist heuchlerisch, wenn Politiker heutzutage über Altersarmut oder eine niedrige Eigentumsquote sprechen. Schließlich ist es doch der Staat, der Bauen und den Grunderwerb künstlich teurer macht. Da ist doch beispielsweise das System einer Grunderwerbssteuer, in einer Zeit, in der wir über knappen Wohnraum und Enteignungen diskutieren, völlig fehl am Platz. Und noch unverständlicher wird es durch die Tatsache, dass sich Kapitalgesellschaften durch Share Deals auch noch die Grunderwerbssteuer sparen können – während Privatpersonen ordentlich blechen dürfen. Da muss sich kein Liberaler schämen, wenn er für Entlastung plädiert. Die FDP ist bei dieser Frage sowohl in den Ländern als auch im Bund gut aufgestellt. Aber im Bundesrat wird die Initiative des Landes NRW zur Einführung eines Freibetrags scheitern – obwohl es nur um die bloße Möglichkeit eines Freibetrags geht. Es geht nur darum, dass die Länder, die für den Steuersatz zuständig sind, bei der Grunderwerbssteuer einen Freibetrag einführen könnten. Selbst für diese Entlastung fehlt der politische Wille. Das ist ein Unding und gehört von uns offensiv angeprangert und kritisiert. Und auch deswegen sollten Steuerpolitik, Entlastungen und das Ziel einer Steuerreform für Junge Liberale keine Tabuthemen sein.



ALEXANDER STEFFEN (26) ist Landesprogrammatiker der Jungen Liberalen NRW. Wirtschaftspolitik ist für ihn ein Kernthema der Liberalen. Du erreichst ihn unter alexander.steffen@julius-nrw.de

UNTERNEHMENS BESTEUERUNG UND WIRTSCHAFTS WACHSTUM

„Corporate income taxes have the most negative effect on GDP per capita“, zu diesem Schluss kommt eine Studie der OECD. Angesichts der aktuellen Konjunkturabschwächung und einer drohenden Rezession lohnt es sich daher, einen Blick auf die aktuelle Situation der Unternehmensbesteuerung in Deutschland zu werfen.

Im Mittelpunkt der Unternehmensbesteuerungsdebatte stehen in Deutschland vor allem Sozial- und Gerechtigkeitsfragen. Zudem ist aktuell die Steuervermeidung der großen Digitalkonzerne ein zentrales Thema. Es ist erstrebenswert, sich auch mit den ökonomischen Faktoren zu beschäftigen, um wirtschaftspolitisch sinnvolle Entscheidungen zu treffen und langfristig Wohlstand zu schaffen.

DIE FUNKTION DER UNTERNEHMENSBESTEUERUNG

Natürliche Personen zahlen in Deutschland Einkommenssteuer. Juristische Personen beziehungsweise Kapitalgesellschaften (GmbH, UG, AG) zahlen keine Einkommenssteuer. Es besteht damit ein starker wirtschaftlicher Anreiz, Kapitalgesellschaften zu gründen und persönliches Einkommen in die Kapitalgesellschaft zu verschieben, um einer Einkommensbesteuerung zu entgehen. Die Funktion der Unternehmensbesteuerung kann als Hemmung dieses Anreizes gesehen werden.

Die deutsche Unternehmensbesteuerung arbeitet maßgeblich mit zwei Steuern: Der Körperschaftssteuer und der Gewerbesteuer. Die Körperschaftssteuer liegt aktuell bei 15 Prozent. Die Gewerbesteuer wird mit einem kommunal abhängigen Hebesatz verrechnet und liegt im Schnitt ebenfalls bei 15 Prozent. Die Unternehmenssteuerlast liegt in Deutschland also bei etwa 30 Prozent. Für unsere Analyse lassen wir



hier Personengesellschaften und Einzelunternehmungen außen vor.

DER INTERNATIONALE STEUERWETTBEWERB

Deutschland steht aktuell einem starken internationalen Steuerwettbewerb gegenüber: Sechs der G7 Staaten haben in den vergangenen Jahren umfangreiche Steuerreformen beschlossen. Deutschland wird in wenigen Jahren das Land mit der höchsten Unternehmenssteuerbelastung in den G7 Staaten und in der EU sein.

Der Wirtschaftsstandort Deutschland wird in Zukunft an Attraktivität verlieren. Dies wird langfristig zu sinkendem Wohlstand und zu



sinkenden Steuereinnahmen führen. Auch im Hinblick auf die Innovationskraft und aktuellen „Megatrends“ wie Digitalisierung, AI oder autonomes Fahren, sollte es das Ziel sein, einen möglichst attraktiven Standort für Unternehmen zu bieten.

ERTRAGSBESTEuerung: WAS WIRD BESTEUERT?

Häufig wird vergessen, dass es bei der Diskussion um Unternehmensbesteuerung nicht direkt um die Gewinne der Gesellschafter (Gesellschafter sind die Besitzer des Unternehmens) geht. Nach dem Trennungsprinzip wird zwischen dem Gewinn des Unternehmens und dem Einkommen der Gesellschafter durch Gewinnausschüttungen unterschieden.

Die Körperschafts- und Gewerbesteuer besteuern den Ertrag des Unternehmens. Wird nun

von diesem Ertrag etwas an die Gesellschafter ausgeschüttet, wird dies zusätzlich noch mal auf Seite des Gesellschafters besteuert.

In erster Linie nutzen Unternehmen ihre Gewinne, um zu Wachsen und ihre wirtschaftliche Produktivität zu erhöhen. Konkret also um Mitarbeiter einzustellen, neue Produkte zu entwickeln oder neue Maschinen zu kaufen.

Dem Unternehmen wird durch die Besteuerung Kapital genommen, welches sonst für Wachstum eingesetzt werden kann.

Hiermit sollte nun auch klar werden, warum Unternehmensbesteuerung so wachstumshemmend, wie in der OECD Studie am Anfang des Artikels festgestellt, wirken kann. Das Unternehmen verliert etwa 30 Prozent des Gewinns und kann nun weniger investieren, weniger Mitarbeiter einstellen und weniger schnell wachsen.

WACHSTUMSHEMMUNG IN DER PRAXIS

Die Unternehmensbesteuerung betrifft besonders auch junge Unternehmen. Würde das Geld, was Start-ups an Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer zahlen zum Beispiel in neue Mitarbeiter investiert werden, könnten diese Unternehmen deutlich schneller wachsen und würden langfristig deutlich mehr Steuern zahlen.

Stattdessen leisten junge Unternehmen regelmäßig Steuervorauszahlungen, was ein Abgang von Liquidität bedeutet und können daher nur langsamer wachsen. Zudem ist der Anteil der Körperschafts- und Gewerbesteuern, die junge Unternehmen zahlen, verhältnismäßig gering. Für das Finanzamt geht es hier häufig gar nicht um einen relevanten Betrag. Für die Unternehmen bedeutet das jedoch, dass eben weniger Mitarbeiter eingestellt werden können.

Etablierte Unternehmen können in der Praxis ihr Wachstum auch mit Fremdkapital finanzieren, und sind damit weniger stark von der Besteuerung betroffen.

MASSNAHMEN

Deutschland sollte im internationalen Steuerwettbewerb aktiver werden und eine neue Unternehmenssteuerreform auf den Weg bringen. Eine Senkung der Körperschaftssteuer ist im internationalen Vergleich eigentlich schon längst überfällig. Zur Angleichung an andere Wirtschaftsräume und zur Vereinfachung soll-

te die Gewerbesteuer ganz abgeschafft werden. Die starke Konjunkturabhängigkeit und hohe Volatilität spricht für eine Abschaffung der Gewerbesteuer. Als Haupteinnahmequelle für Kommunen sorgt sie ebenfalls für Fragilität in der Finanzplanung. Zudem sorgt Sie für einen Steuerwettbewerb unter den Kommunen, der Unternehmen anregt, in günstigere Kommunen umzuziehen. Dabei findet nur eine Verschiebung der Ressourcen zwischen den Kommunen statt, es wird jedoch kein Wachstum für die Gesamtwirtschaft Deutschlands erzeugt. Die Gewerbesteuer stellt außerdem eine starke Ungleichbehandlung dar: Freiberufler sind davon nicht betroffen. Ein selbständiger Apotheker, Rechtsanwalt oder Ingenieur zahlt keine Gewerbesteuer. Ein selbständiger Handwerker jedoch schon.

Zusätzlich zur Senkung der Körperschaftssteuer ist es sicherlich spannend über Freibeträge für junge innovative Unternehmen nachzudenken.

Ein weiteres interessantes Modell ist die Besteuerung bei Gewinnausschüttung. Dabei wird die Körperschaftssteuer erst aktiviert, wenn es zu Gewinnausschüttungen kommt oder das Unternehmen eine gewisse Größe erreicht hat. Ein junges Unternehmen könnte sich dann in der Startphase stärker auf das Wachstum fokussieren und später umso mehr Steuern zahlen, wenn es zu den etablierten Unternehmen gehört.

AUSBLICK

Die anfangs angeführte OECD-Studie, nach der die Unternehmensbesteuerung die Steuer mit der am stärksten wachstumshemmenden Wirkung ist, sollte mit Hinblick auf den wirtschaftlichen Einfluss nun nachvollziehbar sein.

Um Deutschland als attraktiven wirtschaftlichen Standort im internationalen Steuerwettbewerb zu erhalten – und so zukünftig auch wirtschaftlich an den Megatrends teilzunehmen – und auch mit Blick auf die drohende Rezession ist es unbedingt notwendig, die Unternehmensbesteuerung als Katalysator für Wachstum zu verstehen.



MARC SCHOLTEN (21) ist Unternehmer und CEO der digitally induced GmbH. Ist interessiert an liberaler Wirtschaftspolitik und Digitalisierung und engagiert sich bei den JuLis Ennepe-Ruhr. Du erreichst ihn unter marc@digitallyinduced.com



DIE FINANZREGULIERUNG UND IHR FRANKENSTEIN

Beim Thema Banken läuft Stimmungsmachern links der Mitte nicht selten das Wasser im Munde zusammen, ganz wie es Weidel oder Gauland beim Thema Einwanderung schnell ergeht. Probleme werden damit erklärt, dass eine dem Bösen verfallene Gruppe den Rest der Bevölkerung ausnimmt. Und die Lösung? Ihnen zeigen, wo der Hammer hängt! Seit der Finanzkrise wurden Wälder gerodet, um mit neuen Regularien in der Finanzbranche aufzuwarten. Doch könnte es sein, dass genau diese Dompteur-Beziehung zwischen Staat und Grossbanken das Problem ist?

Nicht nur ist Geld Macht, sondern viel mehr ist Macht Geld! Wer die Regeln des gesunden Wettbewerbs ignoriert und den Weisungen des Staates übermenschliches zutraut, verstärkt die heutigen Ungleichgewichte in der Finanzbranche. Dabei könnte man überparteilich Staat und Markt in Einklang bringen, statt einen wettbewerbspolitischen Frankenstein vor sich herzutreiben.

***FALSCHER REGULIERUNG ZÄHMT DAS MONSTER NICHT,
SONDERN ERSCHAFFT ES***

Keine Frage: In der Finanzbranche kam es nicht nur zu »Fehlern« oder »Exzessen«, sondern es

lief und läuft noch immer grundsätzlich etwas schief. Auch ich habe schon mal gedacht: Wenn sich im Kapitalismus Banken regelmässig vor ihrem eigenen Scherbenhaufen wiederfinden, aber Abgangsentschädigungen schwindelerregende Höhen erklimmen, finde ich dieses System auch überflüssig. Die grundsätzliche Frage ist jedoch, ob neue und strengere Vorschriften das laxer Verhalten eines Mangers zähmen oder ob ihr unverantwortliches Handeln nicht gerade auch ein Resultat übermäßigen Staatseifers ist.

Viele Politikerinnen und Politiker empfinden ihren Beruf wohl erst dann als sinnvoll, wenn ersteres zuträfe. Als Rechtfertigung kommt dann oft ins Spiel, dass die Finanzbranche

»unterreguliert« sei; gemessen an der Realität mutet das geradezu lächerlich an: Regelwerke wie der US-amerikanische Dodd-Frank-Act (2300 Seiten) oder die globalen Eigenkapitalvorschriften in Basel III (knapp 3000 Seiten seit 2009) sind Wälzer von beachtlicher Länge.

Die Seitenzahl wäre noch vernachlässigbar, wenn sich solche Gesetze weniger wie Anweisungen aus der Hundeschule lesen würden. *Solvency II*, ein Rahmenwerk für die Versicherungsbranche, schreibt sogar vor, welche Wechselbeziehung (Korrelationen) zwischen den Renditen verschiedener Anlagen wie Aktien und Immobilien verbindlich anzunehmen sind! Echte Vorsicht sieht anders aus. Für verbrieft Wertpapiere, der Schrecken der Finanzkrise, hat man in Europa gar mit einer gesonderten Händlerlizenz reagiert. Notwendig dazu ist ein Test, für den man neue Regulierungen auswendig lernen muss. Ironisch, denn nie hat die Politik die Vermutung geäußert, es sei wegen groben Unwissens zum Crash gekommen.

Ich würde selbst nicht bestreiten, dass härtere Vorschriften und Strafen das Verhalten von Bankmanagern mässigen konnten. Aber an der Ausgangslage hat sich nichts geändert. Im Gegenteil: Die Gesetzgeber treiben einen Frankenstein vor sich her, den man selbst erschaffen hat; der mangels Alternativen eine ungeheure ökonomische sowie politische Macht besitzt und im Krisenfall mit Regierungshilfe rechnen kann. Im Grunde genommen waren den Großbanken viele Regulierungen gerade recht, um Konkurrenz von unten zu verhindern (siehe z.B. in *The Economist*, »Bought and Paid For«, vom 4. Oktober 2018).

DEN UNBESIEGBAREN WINDMÜHLEN DAS WASSER ABGRABEN!

Diese Geschäftshürden sind das ungewollte Resultat der weltverbesserischen Diktierwut. Sie machen den Einstieg in das Bankgeschäft für Neugründungen schwer und teuer! Sozialisten wännen sich dann gerne Helden im Kampf gegen Drachen zu sein, ähneln aber eher Don Quichote, der gegen Windmühlen anrennt. Stattdessen hat der Markt selbst über die letzten Jahre neue Antworten gefunden: Unter dem Schlagwort »Fintech« hat sich ein neues Geschäftsfeld gefunden, das Bankdienstleistungen Stück für Stück in automatisierte Online-Produkte überführt und den Banken das Wasser abgräbt. Das ist zuletzt nicht nur aber auch der besonnenen Zusammenar-

beit demokratischer Gegner zu verdanken, die das Gebot der Stunde erkannt haben und sich auf Finanzregulierungen einigen konnten, die vor Innovation sachte haltmacht (z.B. Stichwort Sandkasten-Regelungen). Nur so kann die Großfinanz auf gesunde Größe zurückgestutzt werden.

Ein wichtiger Schritt blieb in Europa jedoch noch aus. Gerade weil Banken oft immer noch alternativlos sind, wird die Kreditvergabe für sie selbst zum Risiko. Die Banken ziehen sich zum Beispiel aus dem Markt für Kredite an Kleinunternehmen immer stärker zurück. Selbst die Nullzinsen der Zentralbank haben daran kaum etwas geändert. Besonders bedenklich ist das bei Neugründungen, die in Europa (vor allem über Wagniskapital) noch stark von Steuergeldern abhängig sind. Es geht auch anders! Beispielsweise, indem man sich den JOBS-Act zum Vorbild nehmen würde, den der damalige US-Präsident Obama 2012 unterzeichnet hat. Dieser hat es vor allem Kleinstbetrieben und Startups wesentlich erleichtert, sich das Geld vorbei an den Banken an neuen Kapitalmärkten zu besorgen (z.B. über sogenanntes »Crowdfunding«). Sprösslinge gibt es zwar schon, sind aber im Vergleich zum amerikanischen Vorbild verschwindend klein, da das Privileg der Bankenlizenz in vielen Bereichen immer noch schwer wiegt.

MANAGER MÜSSEN SICH VOR DER NÄCHSTEN BANKENRETTUNG FÜRCHTEN!

Wenn sich an der heutigen Situation nichts ändert, können Bankmanager stets von Rücken-deckung ausgehen. In guten Zeiten saht man kräftig ab und alle verdienen daran; in schlechten Zeiten wird auch eine SPD aus Angst vor Entlassungen das Steuergeld hinterhertragen. Auf Risiko kann man auf der Teppichetage also sprichwörtlich scheissen. Wer schon mal in einer VWL-Vorlesung saß, dem wird dieses Dilemma als »moralisches Risiko« in Erinnerung geblieben sein.

Deshalb ist es ungeheuer wichtig von den gelungenen Bankenrettungen in der Schweiz und den Niederlanden zu lernen: Wenn Banken an ihren toxischen Papieren ersticken, muss in letzter Not wohl oft der Staat einspringen und diese übernehmen. Dann aber zum Schleuderpreis und mit dem Zwang zum Rückkauf durch die Bank am Tage X. Dies zwingt Manager zu einem Verlust zugunsten des Steuerzahlers, der sich weder auf der Gehaltsabrechnung



noch auf Aktionärsversammlung noch auf dem Lebenslauf gut macht. Darüber hinaus müssen solche Rettungspakete mit verbindlichen Klauseln dafür sorgen, dass Zahlungsaufschub und Entlassungen am oberen Ende der Leiter beginnen.

HAFTUNG STATT HUNDELEINE

Wenn Bankenregeln, eben zum Beispiel um Rettungspakete, von diesem Gedanken des »Skin In The Game« getragen werden, sollten Manager zweifellos eine andere Sicht auf die Gesellschaftsverträglichkeit ihres Handelns erlangen. Genau dasselbe Prinzip funktioniert übrigens schon heute erfolgreich in der Vermögensverwaltung: Bei einigen Wertschriften wie CLOs, die während der Krise noch als hochspekulativ galten, müssen die herausgebenden Fondsgesellschaften selbst zu einem Anteil von mindestens zehn Prozent in das Produkt investiert haben. Nur so können Interessenskonflikte mit dem Kunden effektiv vorgebeugt werden.

Unterm Strich bleibt, dass Finanzregulierung weder sozial noch liberal sein kann, wenn sie Großkonzernen Wettbewerber vom Leibe hält, sie für ihre Fehler letztlich aber immer nur kollektiv oder gar nicht in Haftung nimmt. Dies hat dazu geführt, dass Banken dem Staat auf der Nase herumtanzen – stets mit dem Wissen im Hinterkopf, dass man für den reibungslosen Geldfluss unersetzbar ist. Genau bei dieser Unersetzbarkeit setzt eine effektive Finanzregulierung an.



PASCAL BÜHRIG (26) hat Wirtschaft und Finanzen studiert und arbeitet heute in Amsterdam für einen Vermögensverwalter.

Sachlicher Durchblick statt blinder Empörung sind dabei nicht nur im Anlagebereich, sondern auch in der politischen Auseinandersetzung seine festen Prinzipien. Ihr erreicht ihn unter p.buehrig@gmail.com

DIGITALSTEUER

Gewinne in unserem Land behalten

Ausländische Digitalkonzerne erwirtschaften in Deutschland und der EU Milliarden. Wie kann es da sein, dass man als Selbstständiger Bäcker höhere Steuersätze zahlen muss als ein globales Unternehmen mit mehrstelligem Milliardenumsatz?

Mit dem Zollstreit zwischen den beiden Seiten des Atlantiks ist dieses Thema wieder aufgekommen. Die Digitalsteuer ist eines der Druckmittel, welche die EU gegenüber den Amerikanern hat. Doch würde Trump sofort mit Strafzöllen antworten, wenn wir beginnen würden Digitalunternehmen in Deutschland zu besteuern? Sicher nicht. Das Beispiel Frankreich zeigt, dass das Szenario eines Handelskrieges einfach nicht realistisch ist, denn auch sie haben auch keine weiteren Zölle erhalten. Dabei ist es jedoch schade, dass sich Frankreich nun im Alleingang Digitalunternehmen, welche dort Gewinne erwirtschaften, vornimmt, obwohl dies doch ein europäisches Problem ist. Spotify sitzt schließlich in Schweden und Facebook hat seinen Europasitz in Irland. Wo wir allerdings auch schon wieder beim alten Problem der Steuerhäfen sind. In der Europäischen Union benötigt man für die Einführung von neuen Steuern eine Einstimmigkeit. Und es ist unwahrscheinlich, dass ein Land wie Irland, welches so stark von seinen niedrigen Steuern profitiert, die Digitalsteuer unterstützen würde. Also bleibt wohl auch für Deutschland nur die Option eines nationalen Alleingangs.

VERPASSTE CHANCEN

Die Einführung einer Digitalsteuer wurde uns auch im Koalitionsvertrag von der GroKo versprochen, auch wenn Bundesfinanzminister Scholz dieses Vorhaben nun so lange aufschiebt wie er es nur kann. Offensichtlich ist der Koalitionsvertrag, wie sich auch schon bei Artikel 13 gezeigt hat, nur eine „Empfehlung“. Dabei hätte die SPD sicherlich einen guten Namen für die Digitalsteuer gefunden. Eine „Starke Internet Hilfe“ würde sogar jeder Libertäre super finden.

FAIRE BESTEUERUNG: JA! ABER WIE?

Wenn man sich am Beispiel Frankreich anschaut, wie so eine Digitalsteuer aussehen würde, so merkt man, dass sie sehr „soft“ wäre. Denn nur einige wenige Prozent verlangt das Französische Finanzamt unter anderem für Datenverkäufe oder Onlinewerbeinnahmen. Für Firmen mit Mil-



liardengewinnen sind das Rundungsfehler. Frankreich plant damit etwa 500 Millionen Euro jährlich einzunehmen. Geld was sonst nur im Ausland versickert wäre. Zumal diese Regelung nur für Unternehmen mit einem weltweiten Umsatz von mehr als 750 Millionen Euro gilt. Mit diesem Geld könnte man in Deutschland den Mittelstand, oder den oben genannten Bäcker entlasten, ohne damit kleine IT-Firmen, welche am Innovativsten sind, zu belasten.

AUF GEHT'S

Ziehen wir also das Fazit zur Digitalsteuer. Wir haben Milliardenunternehmen, welche in Deutschland so gut wie keine Steuern zahlen und ihre Erlöse nicht in die deutsche Wirtschaft, sondern in Übersee investieren. Auf der anderen Seite müssen kleine und mittlere Unternehmen weitaus mehr Steuern zahlen. Man muss sich die Frage stellen: Kann das „fair“ sein?



ALEXANDER LENSSEN (16) ist ein Schüler des Gymnasiums am Geroweier in Mönchengladbach. Er spricht sich für niedrige, aber faire Steuern aus. Du erreichst ihn unter Alexander.Lenssen-MG@gmail.com



FREIER HANDEL STATT DIGITALZOLL!

Wie eine Digitalsteuer ausgestaltet sein soll, weiß noch niemand genau. Europäische Finanzminister sind sich jedoch sicher: Digitale Geschäftsmodelle werden zu wenig, oder unfair besteuert. Gewinne, die aus den Daten europäischer Bürger erzielt werden, werden nicht dort besteuert, wo die Nutzer sitzen, sondern in dem Land, in dem das Unternehmen sitzt. Inwiefern ist das wirklich ein Problem? Und ist eine Digitalsteuer in dieser Frage zielführend?

Es ist lange bekannt, dass multinationale Unternehmen Steuertricks anwenden, um ihren effektiven Steuersatz möglichst gering zu halten. Das gilt nicht nur für digitale Unternehmen: Auch beispielsweise Starbucks und Ikea nutzen Irland

als Standort und ausgeklügelte Tricks, um Steuern zu vermeiden. Das Problem der Steueroasen ist also kein digitales Problem. Es ist ein Problem von Konzernen, die international aufgestellt sind. Um dieses Problem zu lösen muss die EU tätig werden. Für einen europäischen Binnenmarkt braucht es auch ein Regelwerk für Steuerwettbewerb, das ausgehandelt werden muss. Eine Steuer, die ausschließlich den Umsatz von Unternehmen durch digitale Geschäftsmodelle, wie personalisierter Werbung besteuert, schießt am Ziel vorbei.

Facebook ist ein Unternehmen das digitale Dienstleistungen exportiert: Mitarbeiter entwickeln Algorithmen, um personalisierte Werbung anzubieten – ein Produkt, das europäische Verbraucher nutzen. Wenn sie Werbung

schalten bezahlen sie Umsatzsteuer in dem Land, in dem sie sich befinden. Von den tatsächlichen Transaktionen zwischen Facebook und Kunden bekommt der Fiskus also in jedem Fall bereits eine Umsatzsteuer, vergleichbar zu anderen Unternehmen die Waren oder Dienstleistungen nach Deutschland exportieren.

Die tatsächliche Wertschöpfung eines digitalen Unternehmens geschieht durch die Entwickler, welche die Algorithmen entwickeln und die Plattformen betreiben. Diese sitzen häufig nicht in der Europäischen Union, sondern in den Vereinigten Staaten. Die USA bieten Facebook Infrastruktur und Arbeitskräfte und ziehen dafür Gewinne des Unternehmens ein. Eine Digitalsteuer würde einem Digitalzoll gleichkommen, da so eine Steuer explizit mit Facebook & Co. im Hinterkopf eingeführt werden würde und praktisch nur für diese gelten würde. Amerika könnte dies zu Recht als Handelshemmnis auffassen und mit Gegenreaktionen anfangen. Durch so eine protektionistische Maßnahme gefährdet die EU den freien Handel und Maßnahmen für ein international harmonisiertes Steuersystem.

Wenn die Digitalsteuer auch auf zahlreiche europäische Unternehmen angewandt werden würde, wird die Europäische Union zukünftig noch unattraktiver für digitale Unternehmen werden als sie jetzt schon ist. Digitale Unternehmen würden dann in Sippenhaft genommen und gegenüber anderen Unternehmen benachteiligt werden, weil einige digitale Unternehmen die Grenzen des Legalen nutzen, um wenig Steuern zu bezahlen. Im Rahmen einer Digitalisierungsstrategie geht das in genau die falsche Richtung.

Anstatt digitale Unternehmen zusätzlich zu belasten und weitere Bürokratie einzuführen, sollte sich die Europäische Union darum kümmern Europa zu einer Region zu entwickeln, die als Standort für digitale Unternehmen interessant ist. Um den europäischen Binnenmarkt nicht zu gefährden müssen faire Regeln für den Steuerwettbewerb festgelegt werden, Steuervermeidung muss bekämpft werden. Für alle international agierenden Unternehmen, nicht nur für Digitale.



RALF KELLER (20) ist Student und stellvertretender Bezirksvorsitzender für Programmatik der JuLis Ostwestfalen-Lippe. Du erreichst ihn unter ralfk@julis.de

WHY CAPITALISM

R O C K

K



Marktwirtschaft ist geil. Sie ist das effektivste Mittel zur Bekämpfung von Armut, dass die Menschheit kennt und doch ist sie in Verruf. Althergebrachte Argumente von persönlicher Freiheit überzeugen die Wenigsten. Zeit, für eine neue Argumentation.

In Berlin möchte eine Bürgerinitiative Vermieter und große Wohngesellschaften enteignen, um die „bösen Miethaie“ zu vertreiben. Ebenfalls in Berlin blockieren Taxifahrer die Zufahrt zum Flughafen Tegel, um gegen Uber zu demonstrieren und ebenfalls in Berlin hat der Bundeswirtschaftsminister seine neue „Industriestrategie“ vorgestellt, welche auch die staatliche Übernahme von Unternehmen beinhaltet. Nun könnte man meinen, in Berlin grassiere der Sozialismus, doch tatsächlich stößt all dies in der gesamten Bundesrepublik auf Sympathie und das Ganze – wenn auch völlig zurecht – als Sozialismus zu identifizieren, ändert daran nichts.

Wer ein bisschen klüger ist, beklagt daher den Verlust an persönlicher Freiheit, den all diese Maßnahmen mit sich bringen. Dem wird dann regelmäßig entgegnet, dass doch nur „ausbeuterische“ Unternehmen betroffen seien oder dass man doch die (positive) Freiheit der Wohnungssuchenden, Taxifahrer und vielen Anderer berücksichtigen müsse oder am aller schlimmsten, dass „Freiheit“ doch wohl kein Argument sein könne. Überhaupt hat schlechte Karten, wer die allgemeine Handlungsfreiheit, Berufsfreiheit (für Unternehmer) oder gar das Eigentum als Wert an sich heranzieht. Was mich als Liberalen zur Weißglut treibt und den Tränen nahebringt, ist traurige Realität: Freiheit reißt kaum jemanden mehr vom Hocker.

Außerdem ist Freiheit gefährlich und lädt zum Missbrauch ein, da muss der Staat also gegenhalten. Plötzlich wittert der gefestigte Liberale seine Chance und zückt die Eigenverantwortung aus der Tasche, schließlich ist diese mit der Freiheit untrennbar verbunden. Das Problem: Der Bürger hat keinen Bock auf Eigenverantwortung, denn das bedeutet Anstrengung und außerdem traut er sie seinen Mitmenschen schon gar nicht zu, da diese wahlweise böse, dumm oder beides zugleich sind. Noch mehr Gründe also, für einen starken Staat.

DAS GRUNDPROBLEM IST DIE STAATSGLÄUBIGKEIT

Wie lässt sich dagegen ankommen? Der grundlegende Gedanke vorstehender Argumentation ist, der Staat sei besser und moralisch überlegen gegenüber den Gewinnabsichten „gieriger“ Unternehmen. Einen guten Anknüpfungspunkt gegen diese Behauptung lieferte schon vor circa einem halben Jahrhundert der amerikanische Ökonom James M. Buchanan mit der sogenannten *Public Choice Theorie*. Diese wendet die *Rational Choice Theorie*, welche die Entscheidungen von Wirtschaftsakteuren erklären soll, auf die Politik an. Denn warum sollte ein Mensch grundlegend anders handeln, nur weil er für den Staat tätig ist? Er bleibt trotzdem Mensch, hat dieselben Bedürfnisse und Befindlichkeiten wie zuvor und legt diese nicht einfach ab, wenn er das Büro des Gewerbeamts betritt, um sie wieder anzulegen, wenn er abends einkaufen geht.

Folgt man dieser Argumentation, sind Staat und Privat nun immerhin gleich „schlimm“. Ein häufiger Einwand ist dann jener, dass der Staat im Gegensatz zu Unternehmen doch demokratisch ist und wir regelmäßig wählen dürfen, was für eine Politik wir wollen. Allerdings tun wir dies auf dem Markt auch. Jedes Mal, wenn wir ein Produkt oder eine Dienstleistung erwerben oder nicht erwerben, stimmen wir ab – mehrmals am Tag, tausende Male über das ganze Jahr verteilt und Milliarden Male in ganz Deutschland. Was ist nun demokratischer?

SELBSTBESTIMMUNG STATT MITBESTIMMUNG

Und es gibt noch einen Unterschied: Demokratische Staaten brüsten sich gerne damit Minderheitenrechte zu schützen. Doch wenn die Mehrheit ein Gesetz beschließt, das eine Minderheit ablehnt, ist – soweit die Grundrechte nicht betroffen sind – Schluss mit den Minderheitenrechten. Dann muss sich die Minderheit fügen.

Unternehmen dagegen lassen uns zwar nicht ihre Entscheidungen treffen, dafür können wir uns aber sicher sein, dass auch die Bedürfnisse der Minderheit – außer in seltenen Ausnahmefällen – bedient werden. Insofern ist es nicht ganz richtig, den Markt wie zuvor als demokratisch zu bezeichnen. Er erlaubt keine Mitbestimmung, sondern viel mehr. Der Markt erlaubt Selbstbestimmung.

Den Unterschied zwischen Staatlichem und Privatem macht also letztlich der Wettbewerb. Es ist mitnichten so, als gäbe es im Staat und auch zwischen Staaten keinen Wettbewerb – nur ist unser Einfluss hier wesentlich begrenzter. Deshalb sollten wir uns viel öfter trauen, zu fordern: *Mehr Markt, weniger Staat!*



NEMIR ALI (23) ist Landesprogrammmanager der Jungen Liberalen in Niedersachsen. Er studiert Jura an der Universität Osnabrück. Du erreichst ihn unter nemir@julius.de

Die Soziale Marktwirtschaft wird als Fundament der deutschen Wirtschaftsordnung gepriesen. Nicht nur Unionspolitiker stellen sich gerne in die Tradition von Ludwig Erhard, dem „Vater des Wirtschaftswunders“. 70 Jahre nach seinem Amtsantritt als Bundeswirtschaftsminister hat die Soziale Marktwirtschaft jedoch einen Bedeutungswandel erfahren.

DIE KRITIK DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

DER STAAT ALS SPIELER

Wenn heute auf die Soziale Marktwirtschaft verwiesen wird, dann meist mit dem Ziel, staatliche Eingriffe in den Markt zu rechtfertigen. Das Soziale wird als Korrektiv zur Marktwirtschaft gesehen. Immer neue Verbote, Interventionen und Regulierungen kennzeichnen die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik, flankiert von stetiger Ausweitung der Steuereinnahmen und dem Ausbau sozialstaatlicher Leistungen auf Kosten von Bildung, Forschung und Infrastruktur. Vorläufiger Höhepunkt dieser Entfremdung von marktwirtschaftlichen Prinzipien ist die von CDU-Bundeswirtschaftsminister Altmaier propagierte neue Industriepolitik. Ihr Ziel ist die Schaffung von europäischen „Champions“, namentlich benannten Großkonzernen, die ohne Konkurrenz auf den Heimatmärkten und möglichst ohne kartellrechtliche Beschränkungen mit den globalen Giganten konkurrieren sollen und dabei Bestandsschutz genießen. Welches Unternehmen erwartet noch eine faire Behandlung durch einen Minister, der das Wohl einzelner Konkurrenten mit dem Gemeinwohl gleichsetzt? Wer Unternehmen – egal ob Banken oder Industriekonzerne – unantastbar macht, der schaltet die Selbstreinigungskräfte des Marktes aus.

DER STAAT ALS SCHIEDSRICHTER

Erhard dagegen sah den Markt und das Soziale nicht als Widerspruch: „Je freier die Wirtschaft ist, umso sozialer ist sie auch, und ein umso größerer volkswirtschaftlicher Nutzeffekt wird erzielt werden.“ Daran kann nicht oft genug erinnert werden.

Der Staat, so die immer wieder aufs Neue bestätigte Erkenntnis, ist kein guter Unternehmer. Das sieht man nicht nur auf Bildern aus dem inzwischen verarmten Venezuela, dem ölreichsten Land der Welt. Man sieht es anhand staatlicher Bauprojekte, anhand staatlicher Unternehmen, auch an der Unfähigkeit staatlicher Verwaltung, hinsichtlich Service und Leistung mit privaten Dienstleistern mithalten. Wo der Druck des Wettbewerbs fehlt, kommt es notwendig zu Fehlplanung, zu Mängelwirtschaft und zu Ineffizienz, kurz: Zu Wohlstandsverlusten.

Der Staat sollte deshalb nicht als Unternehmer auftreten. Staatliche Einmischung in die Wirtschaft lässt ein Geflecht von Politik und Unternehmen entstehen. Staatsnahe Unternehmen werden von den Parteien mit altgedienten Gefolgsleuten besetzt. Umgekehrt ist die Wirtschaft darauf angewiesen, Einfluss auf die in die Wirtschaft eingreifende Politik zu nehmen, durch Lobbyismus, Spenden und Sponsoring. Die Unternehmensführung muss sich zunehmend nicht mehr nach ökonomischer Logik, sondern nach der staatlichen Regulierung und den Wünschen der jeweiligen Regierung richten. Am Ende entstehen Strukturen wechselseitiger Rücksicht- und Einflussnahme, bis hin zur offenen Korruption. Der Satz des Tacitus, dass je verdorbener der Staat ist, desto mehr Gesetze er hat, trifft auf wirtschaftlichem Gebiet oft zu: Denn auf wirtschaftlichem Gebiet hat nahezu jedes Gesetz – oft unbeabsichtigt – zur Folge, dass einzelne Branchen oder Unternehmen davon profitieren, andere im Wettbewerb benachteiligt werden.

Negativbeispiel in Deutschland ist die Automobilbranche, die aufs engste mit der Politik verflochten ist. Kurzfristig konnten die Autobauer von dem Wohl-

wollen und dem Schutz des Staates profitieren, langfristig lähmt eine Verquickung mit der Politik aber nur den Wettbewerb. Dass es gerade die deutsche Automobilindustrie ist, die auf die globalen Trends zu spät reagiert hat, ist die direkte Folge dieser jahrzehntelangen Verflechtung von Staat und Wirtschaft.

Wer in einem Spiel mitspielt, kann nicht gleichzeitig der Schiedsrichter sein. Was im Sport, aber auch in der Justiz selbstverständlich ist, wird in der Wirtschaftspolitik zu selten konsequent eingefordert. Der Staat kann seiner Aufgabe, die Rechtsordnung zu erhalten und durchzusetzen, nicht nachkommen, wenn er selbst ein Eigeninteresse verfolgt. Deswegen brauchen wir nicht mehr Freiheiten für staatlich gewünschte Unternehmensfusionen, sondern weiterhin ein starkes deutsches und europäisches Kartellrecht, das den Wettbewerb sichert.

MARKTVERSAGEN ODER STAATSVERSAGEN?

Eine weitere Argumentationsfigur der sozialen Marktwirtschaft ist zu einem Instrument gegen eben diese geworden. Die Wirtschaftsordnung der jungen Bundesrepublik wurde von Denkern geprägt, die der Meinung waren, dass ein völlig freier Markt Gefahren berge, dass es zu Marktversagen kommen könne, der die Rechtfertigung abgibt für staatliche Interventionen. Die Problematik des Klima- und Umweltschutzes zeigt, dass es tatsächlich Fälle geben kann, in denen der freie Markt nicht zu adäquaten Ergebnissen führt, weil kurzfristige Nutzen und langfristige Schäden auseinanderfallen; deshalb bedarf es der künstlichen Schaffung eines Marktes durch den Handel mit Emissionszertifikaten. Der Hinweis auf Marktversagen erfolgt aber inzwischen reflexhaft. Übersehen wird, dass eine Regulierung zwar im Einzelfall sinnvoll erscheinen mag, aber den Markt als ganzen stören kann – ähnlich wie die Einschränkung von Bürgerrechten im Kampf gegen Terrorismus oft im Einzelfall als hinnehmbar erscheint, in der Tendenz aber zu einer stetigen Aushöhlung der Grundrechte und zum Aufbau eines Überwachungsstaates führt. Vor allem aber ist das Marktversagen oft nur ein Scheinbares: Es ist meistens gerade die staatliche Regulierung, die zu negativen Folgen führt – und dann nach weiterer Regulierung verlangt. Solche Interventionsspiralen bringen Märkte grundsätzlich aus dem Gleichgewicht. Oft wird die Konzentration wirtschaft-

licher Macht in den Händen weniger Konzerne beklagt und nach zusätzlichen Regulierungen verlangt, vor allem im Namen des Verbraucherschutzes. Tatsächlich ist es aber oft staatliche Regulierung, die den Marktführern Vorteile verschafft. Große, etablierte Unternehmen können nämlich zusätzliche Regulierung gut verkraften, sie haben das Geld und die Ressourcen, um sich technisch und rechtlich abzusichern. Und sie haben oft den Einfluss, an der Regulierung mitzuwirken. Verlierer sind die kleinen Wettbewerber und erst recht potenzielle Konkurrenten, Start-ups, die schon an den bürokratischen Hürden des Markteintritts scheitern. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Datenschutzgrundverordnung. Aber auch der Wohnungsmarkt, die Personenbeförderung und die Finanzbranche sind überreguliert. Neue Geschäftsmodelle und innovative Unternehmen haben es schwer. Bevor man einen weiteren Eingriff in den Markt durchführt, sollte immer geschaut werden, ob nicht untaugliche oder kontraproduktive Eingriffe rückgängig zu machen sind.

DIE AUFGABE DER LIBERALEN

Das Erbe Ludwig Erhards ist in keinem guten Zustand. Die Union hat ihren ordnungspolitischen Kompass verloren, forciert Industriepolitik und Wahlgeschenke wie Mütterrente und das verfassungsrechtlich gestoppte Betreuungsgeld. Die SPD schämt sich für die Reformära Gerhard Schröders, und konkurriert mit Grünen und Linken darum, wer den höchsten Mindestlohn, die teuersten Rentenversprechen und die stärksten Steuererhöhungen bietet. Die drei schwarz-roten Koalitionen Angela Merckels bezeugen einen beständigen Linksruck in Wirtschaftsfragen. In einer solchen Zeit ist es an den Liberalen, zu protestieren, wenn der Sinn der Sozialen Marktwirtschaft ins Gegenteil verkehrt wird. Beanspruchen wir die Deutungshoheit und gehen wir mutig und entschlossen in die Auseinandersetzung mit jenen, die Erhards Erbe für Umverteilung und Staatsinterventionismus in Anspruch nehmen wollen.

Denn wirtschaftliche und persönliche Freiheit gehören untrennbar zusammen.



MARC BAUER (24) ist Jurist und leitet den Bundesarbeitskreis Wirtschaft, Energie und Finanzen. Du erreichst ihn unter marc.bauer@julius.de





MORAL UND MÄRKTE

Was haben ein Wirtschaftsbestseller aus Frankreich des Pop-Ökonomen Piketty, Labormäuse in einem Experiment der Universität Bonn und die Kunstfigur Gordon Gekko aus der Wall-Street-Filmreihe von 1987 und 2010 gemeinsam? Sie alle sind Teile von Narrativen, die infrage stellen, ob die Moralvorstellungen, in denen wir als Menschen sozialisiert worden sind, mit dem marktwirtschaftlichen System verträglich sind. Es sind Narrative, mit denen wir Liberale, weil wir gebetsmühlenartig immer wieder predigen, dass der Markt bestimmte Vorgänge durch die unsichtbare Hand von Adam Smith von alleine regle, uns differenziert auseinandersetzen müssen, um in der öffentlichen Debatte schlagfertige und kluge Antworten geben zu können. Antworten darauf, warum unsere Marktgläubigkeit nicht naiv, sondern gerechtfertigt, gar geboten ist.

DIE GESCHICHTE VOM UNMORALISCHEN MARKT

Eine Wirtschaftsordnung, in der die Zuteilung von (privaten) Ressourcen durch Markttransaktionen erfolgt, so eine verbreitete Meinung, fördere Egoismus, Gewinnstreben, Profitgier, Maßlosigkeit und Materialismus. Anders ge-

sagt, es ist das Streben nach materiellem Wohlstand - das unsympathische Antihelden wie Gordon Gekko aus der Wall Street Reihe hervorbringt. „Bankster“, die Gier als Tugend und nicht als Sünde verstehen.

Die Verhaltensökonominnen Nora Szech und Armin Falk stützen mit ihrer experimentellen

Forschung darüber hinaus die Vermutung, dass Märkte korrumpieren. Im ersten Treatment ihres in der Zeitschrift Science veröffentlichten Experiments wurden die einzelnen Teilnehmer vor die Wahl gestellt, zehn Euro zu gewinnen und dafür eine Maus zum Sterben zu verurteilen - oder auf das Geld zu verzichten, damit die Maus überlebte. Im zweiten Treatment erhielten Teilnehmer entweder die Rolle als „Verkäufer“ oder als „Käufer“. Jedem Verkäufer wurde eine Maus anvertraut, jeder Käufer hatte zwanzig Euro zur Verfügung. Sie durften miteinander verhandeln. Wenn sie sich auf einen Deal einigten, erhielt der Verkäufer den ausgehandelten Preis, der Käufer behielt den anderen Teil der zwanzig Euro. Kam der Deal zustande, starb auch die Maus. Im Ergebnis starben viel mehr Mäuse, wenn über deren Schicksal in einer Marktsituation entschieden

wurde als wenn einzelne Teilnehmer über das Schicksal entschieden. Die Interpretation der Forscher: Der Markt verführt uns zu unmoralischem Handeln, weil er einen Abstand schafft zwischen uns und den Folgen unserer Entscheidungen. Der linke Ökonom Piketty macht in seinem Buch *Das Kapital des 21. Jahrhunderts* das kapitalistische System in seiner jetzigen Form dafür verantwortlich, dass die Schere zwischen Arm und Reich wächst und die Mittelschicht erodiert. Wenn die Rendite durch Kapital größer sind als das Wirtschaftswachstum, so seine These, führt dies dauerhaft dazu, dass reiche Vermögenserben immer reicher werden und der Rest der Bevölkerung auf der Strecke bleibt. Seine These versucht er mit einer sehr ausführlichen Sammlung von Daten zu untermauern.

Die Anschuldigungen an das System sind massiv. Es drängt sich daher geradezu die Frage auf, wie wir als Liberale die bestehenden Vorwürfe des moralischen Verfalls durch die Marktwirtschaft fundiert entgegentreten. Wie können wir begründen, dass die Marktwirtschaft unter allen Optionen das beste System zur Verwirklichung von Freiheit, Wohlstand und Freiheit ist?

WARUM UNGLEICHHEIT GERECHTFERTIGT IST

Das sicherlich schlagkräftigste Argument der Verteidiger der Marktwirtschaft ist ein teleologisches: Die Marktwirtschaft ist das effizienteste Wirtschaftssystem, das wir kennen. Es ist so effizient, dass selbst kommunistische Systeme wie China – zumindest in Ansätzen – daraufsetzen. In Ländern mit einer ausgeprägten wirtschaftlichen Freiheit ist das durchschnittliche Einkommen, das empfundene Glück, die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern und die Alphabetisierungsrate deutlich höher. Die gesundheitliche Versorgung ist deutlich besser, wie der *Economic Freedom of the World Report* des Fraser Instituts in Vancouver eindrücklich zeigt. Kritiker der modernen Marktwirtschaft verkennen häufig dieses Effizienzargument und unterliegen stattdessen dem Nullsummenparadigma. Aber die moderne Gesellschaft spielt keine Nullsummenspiele. Die ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung der 25 Prozent der wirtschaftlich freisten Nationen mit Rechtssicherheit und einer funktionierenden Marktwirtschaft haben im Durchschnitt heute ein zehnfaches so hohes Einkommen als

die ärmsten zehn Prozent der am wirtschaftlich unfreisten Nationen. Auch wenn sich einwenden lässt, dass in der Marktwirtschaft die Starken und die Leistungsträger mehr vom System profitieren als die Schwachen, am Ende ist es meist so, dass die Schwachen auch am Erfolg der Starken teilhaben und trotz bestehenden Ungleichheiten es am Ende allen besser geht.

DER MARKT ALS MORALSTIFTENDES ELEMENT

Ein weiteres Argument zur Verteidigung des Kapitalismus ist, dass die Marktwirtschaft nicht nur dadurch moralischen Wert besitzt, dass sie Wohlstand sichert, sondern auch dadurch, dass sie indirekt zu einer Moralisierung der Gesellschaft beiträgt. Folgt man der Idee der maslow'schen Bedürfnispyramide, dann beschäftigen sich Menschen erst dann mit höheren moralischen Fragen wie dem Klimaschutz, wenn es ihnen ausreichend gut geht. Eine Landwirtin in einer Bürgerkriegsregion oder ein Kindersoldat, der um das nackte Überleben kämpft, macht sich kaum Gedanken über seinen ökologischen Fußabdruck. In Deutschland hingegen demonstrieren Tausende Schüler bei Fridays for Future für den Klimaschutz.

Zur Grundausstattung menschlichen Handelns gehört eben jene Moral; diese uns umständlich anerzogene Ausstattung an Werten vergessen wir nicht plötzlich beim Gang in den Supermarkt, sondern ganz bewusst entscheiden wir uns auf Märkten immer häufiger für regionale Produkte ohne Plastikverpackung oder gegen Kleidung, die von Kindern genäht wurden. Die Souveränität der Konsumenten und deren „Hände“ sind bei den Kaufhandlungen keineswegs immer unsichtbar. So musste einst auch die Drogeriekette Schlecker Insolvenz anmelden, weil die Konsumenten gegen die schlechten Arbeitsbedingungen des Konzerns jahrelang kämpften, in dem sie bei der Konkurrenz einkaufen gingen.

MENSCH UND MARKT

Die Marktwirtschaft ist das einzige Wirtschaftssystem, das die Frage, ob der Mensch frei ist, mit einem klaren „ja“ beantwortet. Transaktionen kommen auf Märkten, in denen Rechtsicherheit herrscht, nur dann zustande, wenn beide Vertragsparteien in den Vertrag einwilligen und freiwillig den Tausch vollziehen. Daher, so argumentierte schon Hayek, ist

die freiheitliche Marktwirtschaft das einzige Koordinationssystem, mit dem Menschen mit den unterschiedlichsten Interessen und Präferenzen ihre Ziele im größtmöglichen Umfang erfüllen können. In einer Marktwirtschaft kann jeder nach seinem eigenen Glück streben und den Weg seines Strebens selbst wählen.

FAZIT

Letztlich haben Anbieter in einer Marktwirtschaft einen permanenten Anreiz effizienter zu werden, um Gewinne zu maximieren. In einer Welt der Ressourcenknappheit stellt die disziplinierende Wirkung von Märkten daher auch einen moralischen Mehrwert dar. Wer durch den Markt gezwungen wird Ressourcen nicht unnötig zu verschwenden, handelt im ökonomischen wie auch im ökologischen Sinne nachhaltig. Auch Ökonomen und sogar Politiker haben dies inzwischen erkannt. Ein klassisches Problem der Ökonomie stellen externe Effekte dar. Als externen Effekt bezeichnet man die unkompenzierten Auswirkungen von Entscheidungen auf Unbeteiligte. Zum Beispiel tritt dieser auf, wenn aufgrund des CO₂-Ausstoßes eines Kraftwerkes die Umwelt Schaden nimmt und nicht der Verursacher dafür haftet, sondern die Kosten auf die Gesellschaft umgewälzt werden. Eine wirksame Lösung für das Problem bietet der Emissionszertifikatehandel. Die Idee dahinter: Das Recht auf den Ausstoß von CO₂ auf Märkten handelbar zu machen. Der Zertifikatehandel zeigt, dass manchmal erst durch die Schaffung von Märkten, moralische, weil nachhaltige, Verhaltensweisen von einzelnen Akteuren herbeigeführt werden können. Auf Märkten ist durchaus Platz für Moral und wir Liberale sollten häufiger mit eben solchen moralischen Überlegungen für den Kapitalismus werben!



LISA LENZ (29) ist Ombudsperson der Jungen Liberalen. Sie promoviert an der Universität zu Köln. Du erreichst sie unter lenz@julius.de

Int:Kom:

Internationales Komitee

Werde Teil

der internationalen Arbeit

der Jungen Liberalen!

Internationale Politik, interkultureller Austausch und globale Zusammenarbeit sind Deine Leidenschaft?
Du interessierst Dich für die internationale Arbeit der JuLis und möchtest sie aktiv mitgestalten? Dann ist das Internationale Komitee genau das Richtige für Dich!

Als Mitglied des Internationalen Komitees leitest Du ein eigenes Team für eine bestimmte Weltregion. Du kannst in Absprache eigene Projekte zu Deiner Weltregion für die JuLis umsetzen, hast Kontakt zu den Partnerorganisationen und bist der erste Ansprechpartner für Deine Weltregion. Es ist von Vorteil, wenn Du ein gewisses Grundwissen zu Deiner Weltregion oder einzelnen Ländern in dieser hast. Du musst aber kein Experte sein – Deine Motivation und Dein Interesse spielen im Zweifel eine größere Rolle. Gesucht werden Teamleiter für die folgenden Weltregionen!

Werde Teil

Deine Aufgaben

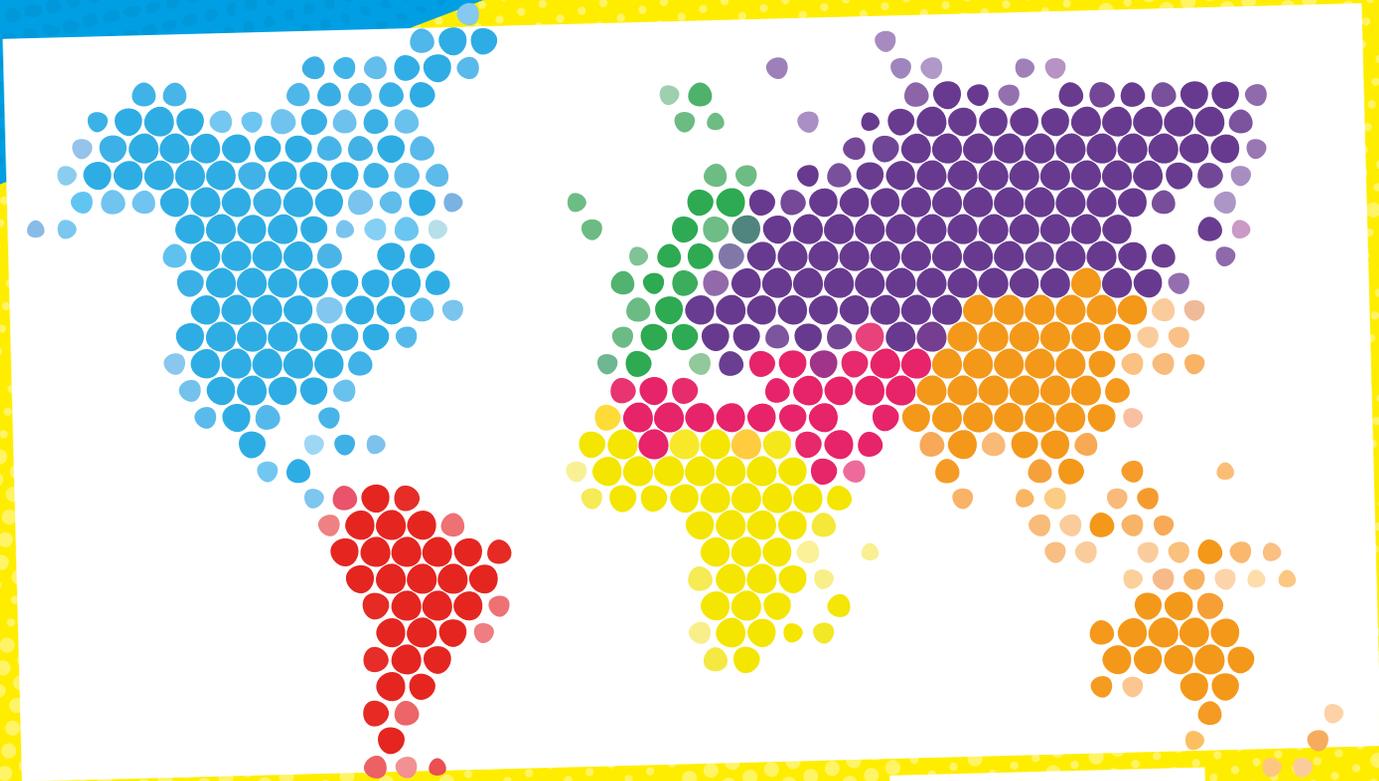
- Leitung einer eigenen Gruppe aus JuLis, die sich für Deine Region interessieren
- Kontakt zur Friedrich-Naumann-Stiftung in Deiner Region
- Kontakt zu JuLis, die in Deiner Region leben
- Teilnahme an regelmäßigen Telefonkonferenzen und der Klausurtagung des IntKoms
- Umsetzung von Projekten, die mit Deiner Region zu tun haben
- Austausch mit internationalen Gästen beim Bundeskongress
- Mitarbeit an Projekten

Was hast Du davon?

- Die Möglichkeit, die internationalen Arbeit der JuLis mitzugestalten
- Interkultureller Austausch und Kontakt mit Internationals aus Deiner Region
- Urkunde
- Auf Wunsch Empfehlungsschreiben



REGIONEN



1. Nordamerika

2. Südamerika

3. Subsahara-Afrika

4. MENA/Naher Osten+

5. Osteuropa/Russland

6. Westeuropa

7. Asien

Bewerbung

1

Ein höchstens halbseitiges **Motivationsschreiben**, in dem Du erzählst, warum Du Dich für die entsprechende Region interessierst und welche Projektideen Du hast.

2

Freiwillig:
Dein CV

3

Format:
Eine einzige PDF-Datei mit Bewerbungsschreiben und ggf. CV (bitte nicht getrennt verschicken) an:
alice.schmidt@julis.de

4



Bewerbungsfrist: 30. Juni 2019!

Bei Fragen kannst Du Dich jederzeit an mich wenden: alice.schmidt@julis.de

Liberalismus in Taiwan

Taiwan – wo liegt denn das?“ – das ist häufig die erste Frage, die man bekommt, wenn man von seinem letzten Reiseziel erzählt. Eigentlich schade, ist Taiwan doch nicht nur ein wirklich schönes Land, sondern auch politisch extrem spannend. Nach drei Monaten Praktikum dort möchte ich daher mit Dir teilen, was das Land so besonders macht – und zwar vor allem aus liberaler Sicht.

Zunächst zum Land selbst: Taiwan, auch bekannt als Republik China, ist eine Insel in Ostasien. Taiwan ist flächenmäßig etwa so groß wie Baden-Württemberg und hat ca. 23 Millionen Einwohner. Nach UN-Regeln gehört die Insel zum Territorium der Volksrepublik China, obwohl es ein eigenes politisches System gibt. Tatsächlich gibt es viele Diskussionen über den Status Taiwans, und das auch in Form von Demonstrationen im Land selbst. Denn viele Taiwaner sind sehr stolz auf ihr liberal-demokratisches System, was sie sehr von der Volksrepublik abgrenzt. Und das können die Taiwaner auch sein: Denn Taiwan ist in vielerlei Hinsicht ein sehr liberales Land.

Taiwans liberale Demokratie

Taiwan hat ein demokratisches Mehrparteiensystem und ist als konstitutionelle Republik verfasst. Das Wahlsystem ist eine Mischung aus Direkt- und Verhältniswahl, wobei 73 Sitze durch Direktwahl in den Wahlkreisen und weitere 34 Sitze durch eine Mehrheitswahl über Parteilisten vergeben werden. Weitere sechs Sitze sind für Taiwans Ureinwohner vorgesehen. Diese werden nur von den Ureinwohnern in den entsprechenden Bezirken gewählt. Damit sind für die taiwanische Minderheit, welche ca. zwei Prozent der Landesbevölkerung ausmacht, etwas mehr als fünf Prozent der Stimmen im Parlament vorgesehen, um ein Mitspracherecht zu garantieren. Wie in Deutschland braucht eine Partei auch mehr als fünf Prozent aller Stimmen, um überhaupt in das Parlament einzuziehen zu dürfen. Die Parteilisten müssen paritätisch aufgebaut sein, es müssen also genauso viele männliche wie weibliche Kandidaten auf der Liste stehen. Wenn eine Partei nur einen Sitz bekommt, muss er an eine Frau gehen. Quoten für das Parlament gibt es aber nicht.

Parteien, welche mehr als fünf Prozent der Stimmen in der Wahl erhalten, dürfen einen Präsidentschaftskandidaten nominieren. Dabei handelt es sich meistens um die

beiden größten und konkurrierenden Parteien in Taiwan, die DPP (Democratic Progress Party) und die KMT (Kuomintang). Erstere ist eher pro Unabhängigkeit, letztere für einen Ein-China Kurs. Weitere Parteien sind die Grünen, die People First Party und die Taiwan Solidarity Union.

Taiwan und die gleichgeschlechtliche Ehe

Als erstes asiatisches Land wird Taiwan dieses Jahr den Weg für die gleichgeschlechtliche Ehe ebnen. Im Mai 2017 hatte der oberste Gerichtshof die gleichgeschlechtliche Ehe legalisiert und der Regierung eine Frist von zwei Jahren gegeben, um das neue Gesetz in Kraft zu setzen. Daraufhin wurde 2018 ein Referendum von christlichen Gruppen veranstaltet, in welchem die Bevölkerung knapp gegen die Legalisierung stimmte – und sich damit gegen den Gerichtsbeschluss stellte. Daher wird die gleichgeschlechtliche Ehe nun durch ein Sondergesetz geregelt und nicht wie geplant im Zivilrecht verankert. Zu dem Scheitern des Referendums muss noch angemerkt werden: Es reichen 1,5 statt 5 Prozent der Unterschriften aller Wähler aus, um ein Referendum zu initiieren.

Taiwan und Gender Equality

Nach Berechnungen des Amtes für Budget, Accounting und Statistik Taiwans würde Taiwan, gemessen an den Maßstäben des UN Gender Inequality Index (GII) den ersten Platz unter asiatischen Ländern und den achten Platz weltweit belegen. Der GII misst die Disparitäten zwischen Männern und Frauen in drei Kategorien: Reproduktive Gesundheit, politische Ermächtigung und Arbeitsmarkt. Schweden ist auf Platz eins, Taiwan knapp hinter der Schweiz, die Platz vier belegen. Besonders in der Kategorie politische Bemächtigung liegt Taiwan nennenswert weit vorne: Aktuell hat das Parlament einen Frauenanteil von 38,1 Prozent, was dem größten Frauenanteil im Parlament in Asien entspricht.

Beim Thema Gender Pay Gap (GPG) nimmt auch Taiwan zwar keine Vorreiterrolle ein, schneidet im internationalen Vergleich aber nicht schlechter als westliche Staaten ab. In den letzten Jahren hat Taiwan seine GPG stetig weiter geschlossen, sodass sie von 18,2 in 2007 auf 14 Prozent in 2017 gefallen ist. Zum Vergleich: In Amerika verdienen Frauen auf einer vergleichbaren Position in 2017 18,2 Pro-



zent weniger, in Japan waren es sogar 31 Prozent und in Korea 35 Prozent.

Taiwan und Internationale Verflechtungen

Taiwan wird nur von insgesamt 17 Staaten als eigen- Land anerkannt. Von europäischen Ländern ist dies nur der Vatikan, neben sechs Staaten in Ozeanien, einem afrikanischen Land und neuen südamerikanischen/karibischen Staaten. Taiwan selbst bezeichnet sich unter seiner aktuellen Regierung zwar als unabhängigen Staat, doch die Volksrepublik China zählt Taiwan als der Volksrepublik zugehörige Provinz.

Dennoch ist Taiwan Teil vieler internationalen Abkommen und Organisationen. Taiwan ist als Zollunion Teil der Welthandelsorganisation und Mitglied der Asia Pacific Economic Cooperation. Neben einigen bilateralen Handelsabkommen ist Taiwan aber auch nach wie vor stark mit der Volksrepublik China verflochten und hat durch die große Softpower – vor allem im demokratischen Bereich – auch maßgeblich zur ökonomischen Öffnung Chinas beigetragen.

Bemerkenswert ist Taiwans enge Beziehung zu Indien. Indien, welches China bald bevölkerungsmäßig überlegen sein wird und Potenzial zum Global Player hat, arbeitet vor allem im Telekommunikations- und IT-Bereich mit Taiwan zusammen. Indien untersagte der Volksrepublik China auch Unterstützung im Großprojekt der One Belt One Road Initiative, da nicht die Souveränität aller beteiligten Länder anerkannt wurde.

Ewiger Ausländer?

Wie man als Deutscher in Taipeh lebt

Der Taiwanreporter Klaus Bardenhagen war vor mehr als zehn Jahren während seiner Studienzeit nach Taiwan gekommen, und so vom Land gefesselt, dass er direkt blieb. Er hat sich kurz Zeit für uns genommen, um uns von seiner Faszination zu erzählen und wie es sich anfühlt, als Deutscher in Taiwan zu leben:

„Ich war ehrlich gesagt fasziniert, wie wenig anders alles hier war – mit der U-Bahn irgendwo hinfahren, Schlange stehen: Wie woanders eben auch“, erzählt Herr Bardenhagen. Und trotz all der Ähnlichkeiten gibt es doch an jeder Ecke etwas Neues – Tempel, kleine Altäre, Straßenstände. Letztere sieht man in der ganzen Stadt verteilt. Angeboten wird alles von Kleidung über Früchte bis Nudeln und Fleischspieße. Während man in Deutschland erst einmal beim Gesundheits- und Ordnungsamt vorbeischauchen müsste, braucht man

in Taiwan lediglich seine Utensilien und Kundenschaft. „In Deutschland sind zwei Sachen sicher: Erstens: Es gibt definitiv zu allem eine Regel. Zweitens: Man muss sich daran halten. Hier gibt es zwar auch Regeln, aber wenn es nicht unbedingt nötig ist, braucht man sie nicht zwingend einzuhalten.“ So eben bei den Straßenständen: Es bringt nur Vorteile für beide Seiten, warum also den Umweg über die Bürokratie nehmen? Natürlich gibt es da noch viele andere, vielleicht weniger erfreuliche Beispiele: Die nicht ganz so strengen Abwasserregeln oder auch der chaotische Verkehr, frei nach dem Motto: Jeder nach seiner Façon.



Gibt es denn irgendwelche Einschränkungen?

„Klar sind ein paar Dinge anders. Aber eingeschränkt fühle ich mich hier überhaupt nicht“, erzählt Herr Bardenhagen. Natürlich ist das Klima mitsamt Taifunen und Erdbeben ein wenig gewöhnungsbedürftig, genauso wie die besondere politische Situation Taiwans. Das ist mit einer der Gründe, warum viele Taiwaner auch über zwei Pässe verfügen – welche man auch kaufen kann. Ernsthaft Sorgen über eine Eskalation mit Festlandchina macht sich hier aber fast niemand – die Taiwaner sind nämlich nicht nur tolerant, sondern auch sehr gelassen. Bei einer Taifun-Warnung ist es nicht unüblich, dass sich viele freuen, denn es bedeutet schulfrei und man muss nicht zur Arbeit.

Viele gehen dann – trotz der Warnungen, das Haus nicht zu verlassen – ins Kino oder treffen sich mit Freunden. „Wenn man hier lebt, gewöhnt man sich irgendwann an den Druck aus China und das Wetter. Das Leben geht ja trotzdem irgendwie weiter.“ Und auch für mich geht es weiter. Die spannenden Eindrücke aus Taiwan werden aber für immer bleiben.



LIZA (21), ist Studentin der Wirtschaft und Politik Ostasiens in Bochum. Du erreichst sie unter liza.brachtendorf@web.de

Dieses Magazin wird gefördert vom



Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Impressum

jung + liberal ist das Mitglieder- und Lesermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung + liberal per Abonnement. Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung + liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber:

Bundesverband Junge Liberale e. V.
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin
Telefon: (030) 680 78 55-0
Telefax: (030) 680 78 55-22
E-Mail: info@julius.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P.):

Anna Neumann (neumann@julius.de)

Autoren:

Nemir Ali, Marc Bauer, Liza Brachtendorf, Pascal Bühring, Ralf Keller, Alexander Lenssen, Lisa Lenz, Alice Schmidt, Marc Scholten, Tim Schütz, Alexander Steffen

Auflage: 11.000 Exemplare

Gestaltung: Himmel & Jord, Berlin

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht. Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung

Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an neumann@julius.de schicken.

Bildnachweise

© JuLis/privat sowie Himmel & Jord GmbH, Berlin
Illustrationen sind teilweise mithilfe lizenzfreien Materials erstellt und werden nicht gesondert ausgewiesen.



FÜR UNSERE GESUNDHEIT

BRINGT ASSISTENZÄRZTIN
SILVIA HÖCHSTLEISTUNG.

WIR SAGEN DANKE.



Gemeinsam machen wir das deutsche
Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt.
Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/silvia

**IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER**